

Diese Zwischenfälle hatten eine von den Behörden nicht erwartete Wirkung, sie förderten nämlich die Organisationen, deren Mitgliedergabe recht gering und die sich auf die verschiedenen von der Stadt beauftragten Arbeiterfogorien aufteilte. Dies wirkte wieder auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und führte damit neuen Anreis zur Organisation. Man bestrebt den größten Teil der städtischen Arbeiter zu organisieren. Man strebte an, die Arbeiter jeder Kategorie in getrennten Sektionen die sie besonders interessierenden Fragen distanziert und von ihnen Delegierte in den Gewaltungsrat der Gewerkschaft entsenden zu lassen. Aber die Zusammenstellung gelang nicht, weil sich immer wieder neue kleine Gewerkschaften bildeten, so die schon erwähnte der Steinmeyer, dann die des Werkleiterarbeiter, ferner die der Schuhfabrikarbeiter. Aber der Gedanke der Zusammenfassung wurde doch immer wieder erörtert. Am 25. September 1892 versammelten sich auf Einladung der verschiedenen Gewerkschaften 4000 städtische Arbeiter aus der Arbeitsbüro, zahlreiche Vertreter der Arbeiterinteressen im Gemeinderat waren erschienen. Es wurde beschlossen, eine Föderation der verschiedenen Organisationen zu schaffen, die wenige Tage nachher ihre Versammlung begann. Als Preis wurde aufgefordert, alle Arbeiter der städtischen Verwaltungen zusammenzufassen, um ihre Rechte zu vertreten und alle Siedlungen sofort zu veröffentlichen, das Band, das sie unmöglich trennen und sich in einen Kampf zu vereinen. Ein Zentralkomitee, in dem alle Organisationen vertreten waren, wurde eingesetzt. Als Beitrag für das Zentralkomitee wurden 5 Centimes 4 Pf. pro Monat und Mitglied festgesetzt. Alle sechs damals bestehenden Gewerkschaften der städtischen Arbeiter schlossen sich der Föderation an und dann auch die siebente, nachher gegründete, die Gewerkschaft der städtischen Arbeiter an den Elektoren, deren Gründungstag den 29. November 1892 war. Anfangs 1893 gründeten sich drei neue Gewerkschaften städtischer Arbeiter, die den städtischen Garziner am 14. Januar 1893, der 54 Mitglieder betrafen, und die am Ende des Jahres 1905 der 400 von der Stadt beauftragten Garziner umfasste. Am 23. Januar 1893 bildete sich eine weitere Gewerkschaft der städtischen Bauarbeiter und industriellen Arbeiter. Die Arbeiter nahmen hier an die Arbeiter der Blasiuschmidtdepot, der Arbeiten zur Herstellung des Holzschusters, der Straßenreinigungsmaiden, der Elektrizitätswerke, der Eisenbahn, rund 200 Arbeiter, später traten dazu noch die Schmiede, Schlosser und Tischler hinzu, mit einem Betriebe alle in städtischen Regierungsgebäuden tätigen industriellen Arbeiter. Die Gründung ging damit zusammen, daß diese Gruppen bei einer Regulierung des Löbels der städtischen Arbeiter übernommen wurden und weil sie bei der Ausübung ihrer Tätigkeit unter den Gewerkschaften der städtischen Arbeiter ihre Interessen nicht genügend vertreten fanden. Am 18. März 1893 bildete sich eine Gewerkschaft der Arbeiter auf den städtischen Steinmühlen, die 40 von 60 umfaßte. Die Gründung dieser Organisation wurde damit erklärt, daß die Arbeiter nicht entsprechend ihrem Löbel arbeitende Berufe entblößt wurden. Diese drei neu gegründeten Gewerkschaften schlossen sich der Föderation der städtischen Arbeiter an.

So sehr sich diese Organisationen entwidmeten, so wurde ihre Bedeutung für den Arbeitervolk nicht anerkannt. Am Mai 1893 veranlaßte die Föderation die behördliche Anerkennung auf Grund des Gesetzes vom Jahr 1884, damit sie die durch diese Föderation erzielte Anerkennung des städtischen Berufen erhalten. Eine ganze Reihe von Behörden bestätigte sich mit diesem Urteil. Es wurde behauptet, daß der Präsident von Paris schätzte, daß über 100000 Arbeiter nicht mehr bestellt sei. Dieser Zahl nach mußte die Organisationen unbedingt, ohne aber ihrem Bunde Achtung zu tragen.

Am 15. Oktober bildete sich eine neue Gewerkschaft städtischer Arbeiter der im städtischen Rathaus beschäftigten Bediensteten, die bald nachher der Föderation hörte. Am Jahre 1895 wurde eine Gewerkschaft für den Bauarbeiter und für die Reinigung der Stadt gegründet, der 50 Arbeiter betrafen. Wieder entbrachte die Schriftsteller der Behörden über die Anerkennung dieser Organisation, wieder wurde eine Entscheidung verlangt, um überzeugt zu sein, daß diese Organisation bald auf. Am 21. Mai 1895 bis zum Juni 1897 bildeten sich bei den oben aufgelisteten durch das Zentralkomitee der Föderation „L'École des travailleurs municipaux“ Ego der siebzehn Arbeiter 12 neue Organisationen, darunter die der Arbeitern für das Reinigungsamt im Jahre 1897 wurde eine neue Gruppe der Dorfschaffens der Föderation von den städtischen Arbeitern auf die Arbeitern des Départements de la Seine vorzunehmen.

Heber den aufzubauen auf und erzielten sie neue Differenzen mit den Behörden, die die Föderation darum gingen, hat auf verschiedene berichten zu lassen. Wurden man, seinen Einspruch erhob, als sie auf dem internationalem Kongreß im September 1894 vertreten war, bestätigt, man schieden, als sie einen Delegierten aus den Gewerkschaften, von denen entfernt welche hierzu wurde, um Arbeit, namens Coopérative bestimmt, wieder am 18. September erneut teilte. Am 2. September hatte er ein Urteil am Urteil erneut, er erhielt aber die zum Verteilung der Eröffnung des Gewerkschaftsbericht seinen Reichtum. Am 15. September wurde ihm amtlich mitgeteilt, daß der Urteil nicht gewahrt sei. Es war aber schon vorbei, bereit und erhielt bei seiner Abreise als letzte Warnung einen natürlich nicht bezahlten Zwangs-

urlaub von zwölf Tagen. Es erfolgte hierauf eine Interpellation, ein Tadelvotum gegen den Präfekten wurde beschlossen, dieser bestand aber vom Minister des Innern für ungültig erklärt. Achtmal wurde erneut bei einem späteren Kongreß, was die Föderation veranlaßte, zu den Kongreßen fünfzig Mitglieder zu delegieren, deren Urteil in die Zeit der Wahlung des Kongresses fiel. In den folgenden Jahren wurde eine Reihe weiterer Gewerkschaften städtischer Arbeiter gegründet. Diese Zersplitterung führte zur Schwächung der Organisation im allgemeinen und zur Untergründung der Föderation, da eine Reihe der neuen Gewerkschaften derselben nicht beitrat. Es bildete sich Ende 1900 gegen die Föderation ein neuer Verband, die Union der städtischen Arbeiter, der fünfzehn Gewerkschaften einschloß, darunter auch die älteste, die der Stoffenräuber. Die Verbindung sollte eine möglichst tiefe sein und nur dann in Wirklichkeit treten, wenn gemeinsame Interessen im Spiele waren. Die Union gründete sich ein eigenes Zeitblatt, das am 15. Februar zu erscheinen begann. Mitte des Jahres 1901 begann eine Protestbewegung gegen einen Erlass des Präfekten, der den Angestellten verbietet, ohne seine ausdrückliche Genehmigung einer Verfolgung zu einer Sitzung des Gemeinderates oder seiner Ausführungen zu folgen. Die Union, der damals acht Gewerkschaften angehörten, und die Föderation organisierten eine Protestversammlung, an der mehrere sozialistische Abgeordnete teilnahmen und in der von der Deputiertenfamilie verlangt wurde, das Gewerkschaftsgesetz vom 21. März 1884 in der Richtung abändern, daß jeder Arbeiter sich gewerkschaftlich organisieren könne. Es wurde ferner gegen andere alte des Präfekten protestiert. Diese gemeinsamen Interessen führten eine Annäherung der beiden Gruppen der Union und der Föderation herbei. Der Gedanke einer einzigen Organisation der städtischen Arbeiter aller Berufe gewann Sympathien, aber ein Erfolg blieb trotzdem aus. Ein neuer Verband wurde gegründet, am 31. Dezember 1902 lösten sich die Union und die Föderation auf, um einem Syndicat général allgemeine Gewerkschaft der städtischen Arbeiter Platz zu machen. Damals bestanden im Département de la Seine 51 Gewerkschaften städtischer Arbeiter. 47 der selben, von denen Angaben über ihre Mitgliedszahl vorlagen, zählten zusammen 8027 Mitglieder. Die Zeitung „L'Union“ hatte auf zu erkennen, während die „Ego“ als einziges Organ der städtischen Arbeiter verblieb. Die allgemeine Gewerkschaft fusionierte sich, indem die Mitglieder von 17 Gewerkschaften von 2700 Mitgliedern beitreten. Am Jahre 1901 zählte die allgemeine Gewerkschaft 4250 Mitglieder. Danach nicht alle Transaktionen der allgemeinen Gewerkschaft beitreten, berührte auf bedauerlichen vorläufigen Differenzen.

Am Jahre 1903 ließen viele Gewerkschaften städtischer Arbeiter einen Monat lang und gründeten ein Sekretariat unter dem Namen Secrétariat national des travailleurs municipaux et départementaux de France et des colonies, notorielles Sekretariats der Arbeiter der Städte und Départements von Frankreich und Kolonien mit dem Ziel in Paris, wie Mairie Albert 3. Am gleichen Tage, am 21. Juli, hielt die allgemeine Gewerkschaft mit anderen 5 ehemaligen städtischen Arbeiter des Brozons einen Kongreß in Paris ab, die am 22. Juli einen nationalen Verband der städtischen Arbeiter, Federation nationale des travailleurs municipaux gründeten, der seinen Sitz auf der Börse arbeitsloser hatte. Am folgenden Monat zu Ehren wurde im Prinzip bestätigt, daß diese beiden Organisationen einer neuen Blüte mitten wachsen sollten, die Arbeiter-Federation des syndicats des travailleurs municipaux et départementaux de France et des colonies, bestehen sollte.

Zusammen des Jahres 1903 wurde die Zeit der öffentlichen Gründungen der Gewerkschaften städtischer Arbeiter von neuen aufgenommen. Es waren die Sitzungen des allgemeinen Syndikats der städtischen Arbeiter zur Vergleichung eingerichtet worden, wieder machten die Behörden alle möglichen Schwierigkeiten. Endlich kam es zu einer gerichtlichen Entscheidung. In einem Prozeß wegen Schadensersatz, den die Gewerkschaft der Stoffenräuber gegen die Zeitung „L'Ego“ erhaben, erklärte das Gericht und dann auch die Gewerkschaften, daß die Verlegerin dieser Organisation nicht unverantwortlich sei, weil es sich um ausschließlich städtische Arbeiter handele. Dies hatte zur Folge, daß der Deputiertenfamilie ein Schadensersatz verurteilt wurde, der die Porte des Soiens vom 21. März 1884 auf eine Reihe weiterer Notaboten von Arbeitern ausübte, vor allem auch auf die Arbeitern der Départements und Gemeinden, sonstige jedoch an der Ausübung der öffentlichen Gewalt teil haben, also zum Beispiel Polizeidienste ausüben. Eine Entscheidung dieser Regelemente ist unseres Wissens bis jetzt nicht erfolgt, da infolge der Auflösungspflicht die sozialpolitische Wirkung des französischen Parlements fast völlig zum Stillstand gekommen ist.

Wir sehen somit, daß auch in Frankreich die städtischen Arbeiter wieder wunderbare Rechte werten, daß sie aber trotzdem vor allem in Paris, ist zum größten Teile organisiert haben. Das alte Mängel der Organisationen, die derzeit in ihrer Zersplitterung und in unzureichenden Anzahlseiten bestanden, wurden doch vor all in Frankreich Organisation und der harten Verarbeitung von Sozialisten im Gewerkschaften eine Reihe von Vorteilen erzielt. Hierüber soll in einem weiteren Artikel gehandelt werden.

Ruhelohn für Arbeiter der Stadt Zwickau.

Am 1. August d. J. zu Ehren d. S. die Stadt befindenden fabrikirten Männer durch einen beschwerigen Altv. — um im geringungsmaßnahmen Gesamtzweck zu reden — ihre soziale Fürsorge für ständige Arbeitnehmer bringt. Gleichzeitig zeigt wohl an die Stadt Einwohner und Betriebsräte Vertraut und Zustimmung. Die Städte der Stadt hatten es noch erhalten, die soziale Fürsorge, die hier beobachtet werden soll, etwas weiter in irgendein, als es in dem verliegenden Vertrag bestrebt den Ruhelohn für "ständige" Arbeitnehmer gegeben ist. Wie jedoch erheblich in unserem Werksprogramm etwas zumutbare Ruhelohn und Ruhelohnsanerfung, doch wie deutlich und dabei auch genügend vorangetrieben werden möchte, und nunmehr, daß keine Werkspunkte ausgeschlagen werden können. Die diesbezüglichen Verträge anderer Städte hier sind manchen Ansatz zu verschaffen, aber der zuständige Ruhelohn fordert die Menge geweckt zu werden. Hier sind die Voraussetzung:

1. Um im Dienste der Stadt Zwickau ohne Pensionsberechtigung dauernd wohnhaft zu sein, müssen sie bei Erreichung des 50. Lebensjahrs einer solchen Unterhaltung befrüchtenden Erhaltung einer der in einem Vorhergegangenen aufgeführten 200 Stellen zur "zuständigen Arbeitnehmer" wird und den folgenden zu festgestellten Besitzungen genügen, Wohnungssicherung bei arbeitsunfähigem ungefähr Alters oder Invalidität gewährt werden.

2. Die Zulassung, Beweishebung, Unterbringung oder gänzliche Wiederherstellung dieser Pflichtenunterhaltung ist der Entstehung des Rates der Stadt Zwickau unterliegt.

3. Die Ruhelohnsunterhaltung kann auf Grund ausdrücklichen Vertrages und unter den weiter unten angeführten Voraussetzungen ein solche ständige Arbeiter gewährt werden, welche nach Ablauf ihres 50. Lebensjahrs, aber bereits vor Erfüllung ihres 50. Lebensjahrs mindestens 10 Jahre lang und seitdem weiter bis zur Eintrittszeit ihres Antrages ununterbrochen als Arbeiter der Stadt Zwickau beschäftigt gewesen sind. Die Ruhelohnsunterhaltung steht dem Rate der Stadt Zwickau nach Wahlgabe des Begehrungsordnung vom 1. Dezember 1898 zu.

4. Beweishebung für die Gewährung einer Ruhelohnsunterhaltung ist das Vorhandensein dauernder wichtiger arbeitsunfähigkeits- und infolge Krankheit oder erlittenen Unfalls oder bei infolge Lohnes unterbrochen. Der jährlich benötigter wichtiger arbeitsunfähigkeits- und vom Arbeitgeber durch Gewährung eines bestimmten Alters zu belegen. Bei Personen, die das 50. Lebensjahr überschritten haben, bedarf es weiterer Belegeprüfung nicht.

5. Die tatsächliche Ruhelohnsunterhaltung besteht, wenn der Eintritt in den Ruhestand nach vollendetem 50. und vor erfülltem 50. Lebensjahr des Alters erreicht, ein Werkzeug seines letzten bezeugten inneren Dienstes, die man bei seinem Eintritt in den Ruhestand mit jedem auf das 50. folgenden Lebensjahr um je ein Hundert, des Jahresbediensteten bis zum Hochststand von 50. von Hundert des letzten Jahresbediensteten.

6. Wie ununterbrocher Lohnesverdienst mit der Vorausnahme, die von dem im Ruhestand zu beweisenden hatte erlangt werden können, wenn er in den letzten 12 Monaten vor dem Erreichung des 50. Arbeitnehmend durch 12 Monate zugestellten Tage- und Wochenarbeitszeiten und während der geordneten gewöhnlichen Arbeitszeiten ohne Unterbrechung gearbeitet hat.

7. Sichern dem in Ruhelohn zu beweisenden Beweise aus milden Strafungen oder aus Gründen der Güte über die Mittell- und die Sperrzeiten und Altersvorausforderung zu, so wird deren Betrag mit der Ruhelohnsunterhaltung insoweit abgedeckt, als diese mit den erwähnten Beweisen zusammen mehr als drei Viertel des unverhinderlichen Jahresbediensteten ausmachen.

8. Alle ununterbrochen im Sinne von Punkt 3 gilt die Belehrung eines der Ruhelohnsunterhaltung kontrahierenden ständigen Arbeiters endet dann, wenn er während seiner Arbeitszeit bei der Stadt nur Abreise von Mindestzeitraum herabgesetzt oder seinen Dienst bei bediente. 9. Werden Taten der zu seiner Erziehung oder einer anderen Gründen ausdrücklich beurtheilt werden, so ist eine Abreise im Interesse der Ruhelohnsunterhaltung bei der Stadt sofort nach Abschluß der Mindestdienstzeit oder des Urlaubes wieder aufzunehmen müssen.

10. Empfänger von Ruhelohnsunterhaltung haben zum Zwecke der Erhaltung d. S. die Fertigung eines Kalenders Jahr im Monat Oktober des vorhergehenden Jahres einzunehmen und auf Fortschreibung der Ruhelohnsunterhaltung beim Rate der Stadt Zwickau einzurichten. 11. Der Kündigt über die einzelnen Gelehrte Dörfer und nach d. 1. Januar 1898 nach dem 1. Februar 1898.

12. Der Kündigt über die einzelnen Städte durch Bekanntigung in den Dörfern im Vorort genommen und seitdem als solche von dem Rate ihrer Verwaltung ab. 13. Der Verhältnisse Kündigung wird eine Ruhelohnsunterhaltung. Der Rat der Stadt

* Stadt Zwickau verfügt in Sieg. Zeit. nach Schrift. mit folgenden Dokumenten: 1. Städtegründung für das Jahr 1813; 2. Vertrag.

Zwickau wird Anordnung treffen, daß ständige Arbeiter, die das 50. Lebensjahr überschritten haben, ohne Gewährung von Ruhelohnsunterhaltung in der Regel nur dann entlassen werden, wenn ihre Verhältnisse oder ihre Leistungen die Entlassung geboten erscheinen lassen.

12. Der Verlust der bürgerlichen Ehrenredete hat den folgenden dauernden Verlust der Ruhelohnsunterhaltung zur Folge. Mit dem Tode des Empfängers der Ruhelohnsunterhaltung erlischt deren fernerer Verzug.

Wie eben eben erwähnt, gibt es solche ständige Stellen, deren Inhaber sofort eine Ruhelohnsunterhaltung gewährt werden soll, 205, von denen zeitig 1906 bereit sind. Es sollte darunter zuliegen, Oberfeuerwehrmann und Feuerwehrleute der besoldeten Kompanie, 6. Feuerwehrleiter, 1. Matrosen, 20. Polizei, Wasser- und Vorarbeiter (Stadtmeister, Feuerwehrmeister, Wasserkreisgebauden), 21. Handwerker (Wasser, Steinmetz, Hammerer, Schmied, Schlosser, Schmied, Schmiede, Metzger), 22. Bewegwärter und 120. Handwerker.

Damit wird für die ersten 5 Jahre der städtische Haushalt mit jährlich etwa 2000 M., von 1911 bis 1915 mit etwa 3000 M. im Jahre belastet werden, während von da an die Belastung 6000 bis 7000 M. im Haushalte betragen dürfte.

13. Ich frage mir, warum sollen nicht alle Arbeiter der Stadt den Genuss der Ruhelohnsunterhaltung? Warum die Ruhelohnsunterhaltung nicht für alle Arbeiter? Die ständigen Arbeiter sind nachgerade durch die Paris eingesetzte Stadtverwaltungen missbraucht genug geworden. Wer wird Altvater und waren wird diese "Beförderung" abhangig gemacht? Es würde einfacher genügen, zu sagen: „Jeder ständige Arbeiter hat unter den und den Voraussetzungen — die nur in einer gewissen Dienstzeit und der dauernden Beschäftigung zu liegen braucht — Anspruch auf Ruhelohns.“ Durch die gegenwärtige Absicht aber sind viele Arbeiter und unter anderen auch die Laienwärter von dieser „Wohltat“ ausgeschlossen.

14. Ich frage weiter, daß die Ruhelohnsunterhaltung sehr niedrig bemessen ist. Am günstigsten sollte in die Hälfte des Ruhelohnes zu erreichen, während viele andere Städte doch noch bis zu drei Vierteln des Ruhelohnes geben. Der Ruhelohn eines ständigen Handwerkers würde nach den gegenwärtigen Zahlen etwas über 5 M. bis 25 M. pro Woche betragen und sich bei längerer Tätigkeit jährlich um je 21.-25.- erhöhen.

Punkt 10 der Bestimmungen erfordert mindestens sehr überaus. Warum werden den Bürgern und den Beamten keine Schweren gemacht? Was würden die Herren Beamten einflüsse für die Bürgermeisters haben, wenn sie dergestalt pensioniert und mit dann jedes Jahr von neuem ihre Alte verloren müssen? Wie genügend fehlt und wieviel jeder jede Nachsparsparthe für den Arbeiter. Wenn man vielleicht im Interesse der Arbeiter mit Rücksicht auf 8-15 des Zinsbaldensverhältnisses kein Halt auf Ruhelohn gewähren will, so sollte unter allen Umständen der Arbeiter vor 1911 für Lohnen Entlastungen gesucht werden. Eine Wissenschaft und Wissenschaftsverbände, wie sie in anderen Städten vorzufinden ist, fehlt in Zwickau ganz. Alles in allem genommen, stehen die zur dauernden Beherrschung weit hinter solchen anderen Städten, und es verbot ist wirklich nicht, von dieser Art sozialer Fürsorge große Aufgaben zu machen. Man meint es, daß die Zwickauer Bürger im Allgemeinen ohne jede Vertretung waren und um so schlimmer machte sich auch der Mangel der Finanzierung bemerkbar. Das einzige, was nun zu geschehen hat, ist, daß sich die Zwickauer Kollegen zusammen organisieren und bei nächster Gelegenheit Verbesserungen zu erzielen versuchen.

Eine Stadt mit sozialistischer Mehrheit.

Aus Wittenberg i. E. konnten, seitdem dort in der Gemeindeverwaltung eine zunächst nur sozialistisch demokratische Mehrheit verhindert wurde, wunderbare kommunalpolitische Fortschritte berichtet werden. Denn werden endlich aus Eigenbedürfnissen der Gemeindeverwaltung, wo die Sozialdemokratie nicht ausgeschlossen sind, vergeblich jährt. Die Eigenbedürfnisse der Stadtverwaltungserweiterung bei bestreben, die verantwortliche Tätigkeit älterer bei der Stadt lebenden Arbeiter zunehmend auf ein Jahr verlängert zu setzen und neuen Brüder einzubringen.

Wittenberg verfolgte das Ziel der Neuwahl am 1. April 1906 der Abgeordneten. Wenn den Neuwahlenden endlich endlich dann der sozialistische Verkörperung geglückt, ein edler Nationalstaatsrat, alterer Bürgermeister und er bewies in längeren Gutachten und Eigenbedürfnissen, daß die Stadt sehr schlecht lebten würde. Weitere Gewalt kam über die Bürgermeister. Der sozialistischen Gewalt wurde entsprechend, daß der Sozialdemokrat über lange Jahre die verhinderten, ja gleichzeitig die in die Zukunft setzte. Das ist sehr merkwürdig, wenn man unsere Gewalt überzeugt mit der Verhinderung von 1. April nächsten Jahren die verhinderte Gewalt für den kommenden Tag in Überbad beider gesetzlich verhindert wird.

In Sachsen-Anhalt hat die Stadtverordneten Versammlung auf Antrag unserer eigenen Abgeordneten zur Bekämpfung des

gegenüber der pro Kopf Vereinigung ergibt sich aus der Brutto-Abschöpfung.

Aus allem diesen — mag man die Berechnung anfassen von welcher Seite man will — ergibt sich, dass infolge der höheren Anforderungen für Zahnbehandlungen Treibs. Gemahrgeltenunterstützung Rechtsdauers nur nun welche an den Verband gesetzelt werden, eine höhere Auslastung unserer Finanzen erfolgen muss.

Zache des nächsten Verbandsstages muss es nun sein, die zur Besserung unserer Finanzen zu mägenden Vorstöße zu prüfen und diejenigen welche am vorteilhaftesten erscheinen, anzunehmen.

Berlin, im September 1905.

G. A. Schumann.

Wenn wir unsere Verbandszeitung zur Hand nehmen, so kann man wohl in jeder Nummer von dieser oder jener Stelle die Mähnung an ihre Mitglieder vernehmen, ihre Beiträge pünktlicher zu entrichten. Es ist das ein allgemeiner Nebestand, von dem aus wir in Leipzig nicht verhindern können und ich möchte daher die Bitte an unsere Mitglieder richten, ihren Verpflichtungen besser nachzukommen und ihre Beiträge pünktlicher zu bezahlen, damit die Geschäftsausübung eine glatte ist.

Am Dresden scheint eine rühmliche Ausnahme zu machen und opferwillige Mitglieder zu haben, denn sonst wäre es mir unbegreiflich, wie der Kollege Röder zu wissen, vorzuladen konnte, den Beitrags von 20 auf 50 Pf. zu erhöhen. Gewiss ist es und wird jedenfalls von niemand bestritten werden, dass wir mit unseren Beiträgen nicht mehr auskommen können und eine Erhöhung vornehmen müssen. Es ist vielleicht ganz angebracht, wenn diese Frage jetzt angekündigt und richtig ventiliert wird, wo die Generalversammlung vor der sitzt steht, aber mit so einer Erhöhung wird wohl Kollege Röder und mit ihm der Zentralvorstand — denn als ein Führer von Berlin aus — scheint die ganze Sache zu sein — wie er schon richtig andeutet einen Sprung ins Dunkle machen, denn was will Kollege Röder und mit ihm die ganze Zeitung ohne Mitglieder machen? Bei so hohen Beiträgen werden uns nicht bloß die indifferenten Kollegen den Rücken lehren.

Mander bei der Stadt heimtägige Handwerker wird sprechen, da geht es doch lieber in meinen Nachbarverband, denn was andere Verbands leisten, sind wir doch niemals in der Lage, wenn wir auch gleich wollen, wir können es gar nicht. Nehmen wir z. B. die Krankenversicherung, Unterstützung. Haben wir erstens nicht nötig, und wenn wir es würden einzurichten würde unter Arbeitgeber sprechen: „Gut, wenn ihr eure Kasse dazu braucht, ihr unter Zwischen nicht.“ Was wir erst errungen haben würde wieder verloren geben, folgedessen erübrigts sich diese Unterstützungsvereinigung, für den anderen Verband doch reiche Summen ausgeben. Ein anderer Kosten wäre die Reiseverstärkung. Die brauchen wir aber auch nicht, folgedessen bleibt bei uns das Geld in der Kasse und es würde sich noch manches anführen lassen. Die Arbeitslosenunterstützung ist.

Das die Gelder für die Zahnärzte von der Gesamtheit der Mitglieder aufgebracht werden, ist ja auch ganz in der Ordnung, denn die Zähne werden doch auch für die Gesamtheit des Verbandes geführt und den Augen haben alle Mitglieder. Auch das unsere Zeitung immer mehr kosten wird, mag ja ganz richtig sein, auch die Gemahrgelten-Unterstützung wird einer Regelung bedürfen, bestimmte Grundlagen über Dauer, Verhörführung der Diensthabere, Mitgliedschaft usw. und eben deswegen wollen wir die Beiträge erhöhen. Das ist jedenfalls Sache der Generalversammlung und wenn die sich richtig damit beschäftigt hat, werden wir ja sehen, was gutes herauskommt, aber sicher nicht so ein horrende Beitrag wie ihn der Kollege Röder wähnt. Er wird sich wohl etwas mägen müssen.

Karl Moigk.

Nach ein Wort zur „Delegiertenfrage“.

In Nr. 14 der „Gewerkschaft“, Spalte 441, gibt der Verbandsvorstand bekannt, dass er auf Grund des § 7 Absatz 6 der Verbandsstatuten eine Urabstimmung anordnete, durch welche über einen Anteil des Verbandsvorstandes auf Änderung des § 19 Absatz 2 und 4 der Verbandsstatuten entschieden werden soll. Der Verbandsvorstand beantragt, auf dem Verbandsstag sollen je 1/20 Zahl und Mitglieder durch einen Delegierten vertreten sein. Nach den gegenwärtig seitens der Delegierten stattfindenden Abstimmungen kommt auf je 1/20 zahlende Mitglieder ein Delegierter zum Verbandsstaat. In der Statutänderung meldet der Verbandsvorstand keinen Antrag, nur den Voraussetzung darauf benannte, dass auf den Zahl und nachdem Verbandsstag wurde gewählt auf Grund der letztgenannten

* An Dresden betragen die Verbandsbeiträge schon jetzt 50 Pf. pro Woche. E. R.

** Vorberichter lieber Moigk! Das war kein Führer von Berlin aus. Kollege Röder schrieb seiner Artikel auf Grund seiner Dresden Erfahrungen und warum sollte wir ihm nicht aufnehmen. Unter Amanuensis. Kollege Schumann hatte auch übrigens schon seit längerer Zeit seinen Artikel in petto. D. R.

Stimmungen des Statutes, und bis dahin die Organisation in demselben Maße an Mitglieder zunehmen, wie im allgemeinen bisher, dann die dieser nächste Verbandsstag eine Teilnehmerzahl an Verbandsdelegierten von ungefähr 91 aufzuweisen und der Verbandsstaat eine Ausgabe von ungefähr 11000 M. allein an Abgabebelad und Diaten für die Delegierten verursachen würde. Nun erklärt der Verbandsvorstand weiter, diese Aussage wurde für unsere Verhältnisse eine euknappmögliche Größe sein; die Verbandsstaat kann diese Aussage kaum tragen, und daher ist eine Verminderung der Delegiertenzahl für den Verbandsstag notwendig. Nach Annahme des verbandsvorstandseingangs Antrages würden ungefähr 55 Delegierte den Verbandsstag bilden. In der Verbandsstufe aber würden 4000 M. mehr bleiben.

An dieser Angelegenheit hat sich nun der Kollege Röder Magdeburg in Nr. 18 der „Gewerkschaft“, Spalte 440, ausgesprochen. Er ist mit dem Antrage des Verbandsvorstandes einig und gar nicht einverstanden und empfiehlt uns, denselben abzulehnen. Das ist natürlich des Kollegen Röders eines Recht. Jedes Mitglied ist berechtigt, Maßnahmen des Verbandsvorstandes an öffentlicher Stelle unter die Rufe der Freiheit zu nehmen. Ebenfalls muss sich aber auch das betreffende Mitglied öffentliche Freiheit auslassen. Und in diesem Falle kann ich es nicht über Herz bringen, dem Kollegen Röder entgegenzutreten. Einmal bin ich in fachlicher Beziehung darüber nicht seiner Meinung, dann aber darf auch nicht unverhindert bleiben, dass der Kollege Röder sich erlaubt ohne jeglichen Grund in der von ihm beliebten unsozialen Art und Weise öffentlich über unsern Erntmann zu diskutieren.

Sehrlich Sadisches bietet Röder seine Art sehr wenig, so weit aber Soziales vorhanden ist, bringt fair jeder Sach eine große Unzertuung.

Der Logik halber will ich bei der Röderischen Artig in der Mitte anfangen. Dort steht zu lesen: „Zu der feinen Überzeugung, der Vorstand und Ausschuss hätten besser getan, diesen Entwurf bis zum nächsten Generalversammlung aufzubeben, und ihn dort als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, denn um in bis jetzt noch nichts bekannt, dass Vorstand und Ausschuss in dieser Art und Weise eine Urabstimmung vornehmen lassen können.“

Dazu vor allen Dingen eins: Der Verbandsausschuss hat mit der Sache nicht mehr und nicht weniger zu tun, als der Kollege Röder. Das könnte der Kollege Röder auch wissen. In § 7 der Verbandsstatuten, überstrichen: Der Vorstand — der Verbandsausschuss wird in diesem Paragraphen gar nicht erwähnt — heißt es unter Ziffer 6: Ferner kann der Verbandsvorstand in Fragen dringender Natur eine Urabstimmung anordnen. Damit ist dem Verbandsvorstand in der fraglichen Sache das unbegrenzte Verfügungssrecht in die Hände gegeben. Der Verbandsvorstand ordnet die Urabstimmung an und mit alle, auch der Verbandsausschuss haben uns ohne Weiteres zu fügen. Das ist bei uns natürliches Recht! Ob die jeweilige vom Verbandsvorstand zur Urabstimmung gebrachte Frage „dringender Natur“ ist, darüber kann man in dem einen oder anderen Falle streiten, anderen kann man aber daran im gegebenen Moment nichts.immer kann der Verbandsvorstand erklären: Ich bin für meine Geschäftsführung, seien diese nicht gegen das Verbandsstatut verstößt, nur dem Verbandsstag Entscheidung schuldig. Sobald aber „es“ stimmen kommen unseres Antrages und über die Kompetenz des Verbandsvorstandes in der Sache.

Des weiteren will ich aber gleich erklären: Die Mitglieder des Verbandsausschusses, und nicht nur diese, nein, alle am Gedenken unserer Organisation lebhaft interessierten Hamburger Verbandskollegen haben, so weit ich Gelegenheit hatte sie zu hören, gesagt: Wenn der Verbandsvorstand aus eigener Initiative eine Änderung des § 10 unseres Statuts in dem Sinne beantragt, die Anzahl der Delegierten für den Verbandsstag auf mindestens die Hälfte zu reduzieren, dann müssen wir den Verbandsausschuss dazu auffordern, denn bei unserem Verbandsausschuss besteht auf je 150 Mitgliedern einen Delegierten nach dem Verbandsstatut zu senden, bische der Ausschuss mit Schwierigkeiten dem Antrag begegnen wird. Und die betreffenden Kollegen haben meines Erachtens vollständig Recht. Sonnen denn nicht — um mit runden Zahlen zu rechnen — 50 Delegierte ebenso viele und so viele Arbeit leisten, wie 100. Kann denn die auf dem Verbandsstag zu leistende Arbeit bei ihrer Art qualitativ oder quantitativ von der Größe der Delegiertenanzahl abhängt, möglicherweise ebenso. Wenn ich weiß, dass ein Jahr daraus wird ein solches Parlament an Tagabsatz erfordert, dann erkenne das zum mindesten der Fortschritte der Arbeit hat, sehr sehr sehr. Das ist eine Erklärungssatzfrage. Eindeutiger kommt bei den Verhältnissen innerhalb unserer Organisation der Wille des Mitglieds der auf dem Verbandsstaat durch 50 Delegierte ebenso gut zum Ausdruck, als wenn 100 dort sind. Da, ich meine ebenso, von dem Delegierten Besitzsgeist aus betrachtet muss es kein Zweck für die Delegierten bedeuten, wenn die Anzahl der Delegierten für den Verbandsstag mehr als ihre kompletten Besitztum sind. Zum Teil ist die Sache. Die Delegierten derjenigen Schulen, welche mehrere Delegierte zum Verbandsstag entsenden und unter sich in den kampftadelnden diagonalen, melden den Verbandsstag zu befehligen haben, fair ist eine und eine Neuerungierung der Meinung der Heimischen Schulen in folger

Aus der Praxis der „Christlichen“.

Gestern am 15. August d. J. schlossen sich in Düsseldorf eine größere Anzahl Straßenbahner unter ihrem Verbande an. Eine Predigt, an der über hundert Bedienstete teilnahmen und in der Kollega Dr. Schäfer vom über die Ziele des Verbandes referierte, brachte dieses freudige Ergebnis. Unter Erholung nahm gleich einer Bombe ins nächste Lager ein Naturlich bedroht man, unter dem Auftaumonument Schwunggleiten zu bereiten. Ganz aufmerksam man ist aber über die Verhältnisse genau orientiert. Eine weitere interessante einberufene Versammlung sollte ihnen hierzu die Gelegenheit bieten. Über die Predigtserung, die am 22. August stattfand, berichtet die Düsseldorfer „Volkszeitung“:

„Der Gelehrte, der anwesend war, lobte den Erzbischof von Augsburg, warum für die Straßenbahner eine Organisation notwendig sei. Er wisse daran bin, wie der Gewerbeverband immer bekannt wurde, auch jetzt in Düsseldorf hätten sie den besten Gewerbeverband.“

To die Predigtserung nur für Straßenbahner bestimmt war, was man dazu übergegangen, abschreien, ob auch nur Straßenbahner angehörend seien. Da meldete sich nach dem Referat des Stellvertreters einer zum Wort. Der ist unter seinem Namen und in feierlichem Rahmen eingetragener Kette, der bekannte Peter Brond und der oberste Gewerbeaufseher Winter von unmittelbar beide hatten es verstanden, daß eine Illustration zu präsentieren, um sich als Straßenbahner einzuschreiben. Die Predigtserung wurde im Hintergrund von den anwesenden christlichen Einheitsparteiern von der Lungen abgestoßen. Die Düsseldorfer christlichen Gewerbeleiter Winter und Brond sind aber jedenfalls durch diese Manifestation um den Sinn ihrer Ansichts getommen.“

Sogar der überwachende Beamte hielt es nicht für möglich, daß diese „Leute“ solche „Gewerbe“ für die fertige beteiligen. Eine Reihe von Maßnahmen waren trotzdem zu verzeichnen und werden die Straßenbahner Düsseldorfs durch dieses Vorkommen wohl ein gereben haben, wie sie ihn zu organisieren haben.“

Am 24. August veröffentlichte nun unser Kollege Schäfer noch nachhaltende Erklärung in der Düsseldorfer „Volkszeitung“, die wir unseren Lesern nicht vorbehalten wollen:

„Soeben erhielt ich die Nummer ihres Blattes, worin das Auftreten des be-kribten Kolos Winter und dessen Parteien in der am Dienstag, den 22. d. M. stattgefundenen Straßenbahnerpredigt, in der ich über die Ziele und Wege der deutschen Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und des Gewerbeverbandes im besonderen referierte, verdientenmaßen abdruckt wurde. Der Königshäger hat bei mir noch hinzufragen, daß wir die Herren „Oberleutnant“ in ihrer Masterade als Straßenbahner und in ihren gefärbten Wörtern wohl erkannt haben; wir wurden vor Beginn der Versammlung auf sie aufmerksam gemacht. Ich selbst fragt an ihrem Tische ab, wer Straßenbahner sei. Den anwesenden Straßenbahner gab sie sich als Angehörige der Kaiserpostmeister Strecke zu erkennen. Nach meinem Referate meldete sich ein Herr Schmidt zum Wort, der sofort von dem Embrauer der Predigtserung als der bekannte Peter Brond enttarnt wurde. Der große Kolos Winter, dem die Straßenbahneruniform nicht weniger Bekleidungsmode, wollte hieraus das Wort nehmen, was ich selbst redend nicht zulassen konnte, da es wohl als Verleumdung gegenüber den Anwesenden aufgefaßt worden wäre, daß von Leuten, die sich in widerstreitlicher Weise Uniformen, die zu tragen mir die Angestellten der Straßenbahn berechtigt sind, verklärt hätten, apostrophieren zu lassen. Als Punkt enttarnt, sollte sie den Soal erläutern, was die Herren aber in freiem Heitermut ablehnten. Um es nicht zu einer Auseinandersetzung kommen zu lassen, worauf es die Wundschönkenscherlich absehen hatten, schlossen wir die Predigtserung, zumal wir unseren Zweck, der Anwesen den einchristliche Bild von unseren „Christlichen“ zu geben, vollständig erreicht hatten. Zum Abschluß ist jetzt über „Fraud und Würdigung“, die Christlichen formten sich das Vertrauen unserer Straßenbahner, während er handeln und erscheinen, beziehen nun man mehr. Die Straßenbahner, wenngleich diejenigen, die bei der Transförmung der „christlichen“ Betriebe in Betrieb kamen, und das ist die überzeugte Mehrheit, hat heute nur noch ein Gefühl für die Masteradefähigkeit der Regierung. Und diese haben sie auf, in unzweifelhafter Weise den Herren Winter und Konföderen zu bestreiten gegeben.“

Was eine sei erwünscht. Es war recht erstaunlich zu leben, wie sich diese Herren für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ ob ihrer sogenannten Verteidigung freuten. Ze Lüden und jubelten vor den Herren Kunden, daß wir ihnen in bring auf Raffinement nicht nachkommen können. Auf diesem Geben, wollen wir unseren Kunden in Überlieferung den Klang nicht streng machen.“

Hebrigens. Der ganze Vorfall ist eine hibide Illustration zu dem Weltkrieg unter den Seiten, die keinen Gewerkschaften interessieren. „Deutsche“ Es wird wohl mit tun, ich dieses Vorkommen zu weiteren für den Fall, daß man wieder handeln muß über das terroristische Vorgehen der feinen Gewerkschaften haben vergiebt.

Notizen für Gasarbeiter.

Pforzheim. In Pforzheim befinden sich die Gasarbeiter seit dem 8. September d. J. im Ausstand. Die Zahl der Streikenden beträgt 40. Ursache des Streiks: Nachregelung und Wortsbruch der städtischen Verwaltung.

Ungarn. In Budapest legten am 6. September die Gasarbeiter die Arbeit nieder. Der Ausstand wurde am selben Tage, nach Erfüllung der Forderungen der Arbeiter wieder beendet.

Auch die Breslauer Gasarbeiter haben sich den Kollegen der anderen Städte angegeschlossen und sind in die Bewegung mit dem 9. und 10. September eingetreten. Hier fehlt aus heutige öffentliche Versammlungen der Gasarbeiter am 2. September mengens und am 1. September abends nahmen dann Stellung. Zu beiden Versammlungen referierte unter allgemeiner Zustimmung der Leiter der Breslauer Schule, Eisenbahnerverein, Werksleitung, der im wesentlichen folgendes ausführte: Am 20. April 1901 haben zum ersten Mal in Berlin eine Konferenz der städtischen Gasarbeiter des Reiches stattgefunden auf der der Preisblatt gezeigt wurde, zu einer durchgehenden Bewegung in allen Gasanstalten des Reiches. Durchführung der Maßnahmen fanden zuerst Zeitverschiebung, die bei der Breslauer und den Rennsteig und auf dem Hohenasperg, Sachsenhausen, Reparaturarbeiten waren. Es soll nicht mehr bei der ehemaligen Eisenbahner, sondern der Eisenbahn, je Stunden, überhaupt in den städtischen Gasanstalten eingeführt werden. Die Forderung wurde auf dem Kongress damit begründet, daß die Gasarbeiter ihre Kraft zu gering verbrauchen, da die Arbeit eine überall anstrengende ist. Die Bewegung habe eigentlich keinen Erfolg, aber jetzt bisher nicht erzielt werden. Da in nun Bremen, Hannover, Bremen, Mannheim, Tübingen, Stuttgart, Chemnitz, Leipzig, Berlin, Dresden, für die Stundenabrechnung eingesetzt. Man habe eine Klagefrage bei diesen Städten über die Erfüllung der Abrechnung beantragt, und die Richter dieser Städte entschieden zugunsten der Gasarbeiter. Bei Ende November ist die Forderung der Abrechnung beantragt, und die Richter dieser Städte entschieden zugunsten der Gasarbeiter. Bei Ende November ist die Forderung der Abrechnung beantragt, und die Richter dieser Städte entschieden zugunsten der Gasarbeiter. Bei Ende November ist die Forderung der Abrechnung beantragt, und die Richter dieser Städte entschieden zugunsten der Gasarbeiter. Die Abrechnung ist ausgestellt und aufgestellt. Die Abrechnungen sind herababgedruckt, und die Tropfen für eine viel bessere geworden. Die Betriebsleitung sei mit dem Erfolge durchaus zufriedengestellt. Die Leistungen der Arbeiter haben sich nicht verringert, sondern eher erhöht, weil durch die größere Ruhe eine intensivere Arbeitstruktur erzielt werde.

Der Königshäger Bericht besondere des Breslauer Interesses zeigt, weil der Königshäger Oberbürgermeister ist, bis zu seiner Wahl nach Königshäger hier in Breslau zusammengetragen, so dass finanzielle der Städte, genommen sei. Es sei eben so möglich, freilich wie seine Magistratskollegen in Breslau, nur sei es nicht so vorzunehmen gegen Stiftungsabschaffung wie sein aus Tübingen stammende frühere Chef unter Oberbürgermeister gewesen ist. Es geht gegen die Erfüllung der Abrechnungsforderung, die Breslauer sehr, sehr, als sollte es sein Leben.

Bericht für Breslau sei über die Erfüllung der Abrechnung wichtiger wie Lohnabrechnungen. Sind es doch besonders die städtischen Arbeiter, die unter der Abrechnung und dem Abrechnungszeitpunkt hervorgehoben und durch die Erfüllung der Abrechnungsforderung wurde das aber anders werden. Das wird zwar von manchen freudig und anderen gespötteln bezeichnet, aber gerade der Königshäger Bericht bringt die Richter des Belegschafts. Denn es heißt dazu ausdrücklich: „Der Königshäger habe nicht in, sondern abgekommen.“ Viele Gewerkearbeiter haben sich auf diese Verkürzung der Arbeitszeit jedoch eingelassen, ein Fehler, das sie dadurch nicht gebracht werden. Ein geschäftlicher Junctus hat einmal gefordert, der Diminutiv arbeiter sei ihm der liebst. Auf diesem Standpunkt stehen auch heute noch viele Breslauer städtische Betriebsleiter, besonders der Oberbürgermeister.

Die Forderungen der Breslauer Gasarbeiter von 1901, 1902 und 1903 sind einfach in den Vororten aufzufinden. Erst vorne dabei bei der Magistrat den Verband einer Abrechnung genehmigt wurden die höchsten Forderungen als viel zu hoch bezeichnet. Im Deubauß 1905 haben wir einzige Forderungen gestellt. Das Abrechnung in bestimmt. Wir glauben jetzt nicht mehr zu das gilt, dass der Oberbürgermeister, sondern nur noch an die 200 organisierten Gemeindearbeiter. Heute die Predigtserung unserer Forderungen in Breslau sind 200. Weil andere Gemeindearbeiter haben auch bestrebt und auch viele andere Betriebe haben unsere Forderungen genehmigt. Weder gibt darüber aus der Breslauer Stadtverordnetenamt für die Gas- und Elektrizitätsabrechnung bestimmt wurde in einem Jahr 1778. Erfüllungen bei Mannheim und 1911 bei Bamberg eingetragen vorliegen. Vor 1918 Mitglieder sind 628 erfasst, und man kann daher zusammen 16.022 Sonntagsarbeitsstage in Breslau. Die meisten Städte sind Vorauszahlungen, abgesehen die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit. In Königshäger ist

seit Einführung der Abstundenschrift die Krankheitsgässer zu unterscheiden. Die Stadt Weimar zahlt ihren Arbeitern von allen Gruppen die idöleste Lohn, es besteht die längste Arbeitszeit, die Behandlung lässt viel zu wünschen übrig und die Sanitätsordnung sieht trotz der an anderer Stelle abgedruckten Wohlertverfügung lediglich auf dem Papier. Der Magistrat sagt nun oft: ja, eure Wünsche müssten von mir erfüllt werden, aber es ist kein Vorsatz da. Nun, die Oberbeamten erhalten 5.-25.000 Mark (Oberbürgermeister), zum Beispiel zwischen 5.000 und 10.000 Mark monatlich, dem Stadttheater, Lehrer Verein, Zoologischen Garten, den Schuhmärkten usw. usw. ebenfalls viele Tausende in verhältnismässiger, ungleicher Weise, während die netzenden Bergleute seines in leer eingeschossenen Häusern mit der Magistrat es mit den höchsten Alttieren. Die wichtigste Frage ist jetzt nur: Was sollen wir tun? Wollen wir weiter für den Vorsort des Magistrats arbeiten? Nein! Wenn wir wollen, wir müssen alle geplünderten und nach möglichen Mitteln schützen. Aber soll das weiter gehen? Sicherlich nein! Der Hauptverstand des Deutschen Gewerkschaftsverbandes hat einen Aufruf an alle Gewerkschaften Deutschlands erlassen, in dem sie zur Bewegung aufgerufen werden. Zu diesem Aufruf soll ein Kampfkommando als alle Gewerkschaften Deutschlands gegründet werden und jeder Pro Woche 20 Pf. zahlen. Wer dann später im Falle eines Streiks Unterstüzung gewünscht will, muss zum Kampfkommando beitreten haben. Das trifft natürlich auch für Dresden zu. So ist es bei uns zu einem ernsten Anspiefe kommt, werden sich die Kollegen der Elektrostationen unserer Bewegung anschließen. Der Kampfkommando vom 15. September ab in Wirklichkeit treten. Der Hauptverstand hat ratsame Unterstüzung der Bewegung zugesagt, vor ausgesetzt, dass 50 bis 60 Prozent der Gewerkschaften organisiert sind. Gibt es aber zum Kampfkommando, soll noch einmal eine Demonstration an die Betriebe deputation entsandt werden, um eine gültige Verständigung herzustellen. Gelingt das aber nicht, dann wollen wir unbestimmt um das, was da kommen kann, vorwarcgeben, und beweisen, dass wir auch kämpfen können.

Die Ausführungen Wehrleins fanden den lebhaftesten Beifall bei Anwesenden.

Zu der Debatte sprachen alle Redner ihre Zufriedenheit mit dem Vorgehen aus; gegebenen müsse etwas, aber doch trugen die Kollegen Siebold und Weinhard einige Bedenken, ob es möglich sein werde, die Kollegen so weit zu organisieren, dass auf Erfolg gerechnet werden könne. Es gäbe noch gar zu viele Differenzen. Bei dem Reden waren sich die Kollegen vertraut machen, doch ein Streit liege erforderlich. Wehrleit glaubt jedoch, dass die Sache es nicht schwer kommen lassen wird.

Wehrleit stellten voran, dass gegen die bürgerlichen Plätter aus, die ihnen den Kurs befehlen, einmal den Magistrat auf seine Wünsche einzurichten zu wollen und endlich für meinbarem Verhältnisse in den höchsten Betrieben zu sorgen. In beiden Verhandlungen gelang es nicht, eine Resolution zur einflussreichen Einholung. Die im weiteren zum Lublauer Stand der "Der" am Freitag, den 1. September und am Sonnabend, den 2. September 1906 verfassten Zuschriften, der drei Dresdener Gewerkschaften erläutern, um dem Amt, den Gewerkschaften sowie dem Gewerkschaftsverein Leipzig entsprechend. Sie bestehen das Vorgehen ihrer Kollegen in Berlin fürchtig, Hamburg und anderen Städten und der Platte, dass sich ebenso auf der Bewegung für den Abstundentag zu beziehen.

Auch die Dresdener Gewerkschaften sind davon überzeugt, dass der Abstundentag im St. Petrus der Gewerkschaften und der Gewerkschaften für die Dienstleistungen, Fabrikarbeiter, Industriearbeiter, Handarbeiter und Dienstleistungen der Gewerke in Prozent der aktuums erzielenden Arbeitszeit eine Platz wendigkeit hat.

Sie in den oben nicht rätseln und ruhen, diese Arbeitsergebnisse zu erreichen, obwohl werden sie alles daran legen, dass sie endlich solche Löhne erhalten, die es ohne Hilfe der Regierung, wie es in Dresden heute ist, durchaus bei den Arbeitern und den Arbeitnehmern und ihrer Familie unbedingt erhalten zu können."

Einen erfreulichen Erfolg hat die Bewegung hier jetzt erzielen. Zur Zeit bestehend der in krassem und deutlicher Form verfassten Zuschriften, in dem auf die Verhandlungen hinausgehend, von gegebenen wurde, erlaubt, dass die Arbeitszeit von 20 Pf. pro Tag auf 15 Pf. in den verschiedenen Betrieben zu erhöhen und damit zu gestrichen. Ein weiter Erfolg untersteht bestens, das ist, dass dann neuen Fortschritten nicht geschieht. Dieses ist, machen wird, dass es nicht mehr ist, wenn mit seinen übrigen Arbeitnehmern eine Vereinigung stattfindet werden kann!

Auch die Handarbeiter der Gewerke, Abstundentagsarbeiter, Metzgerarbeiter, Fleischer und Kindermilie werden sich am Samstag, den 17. September, mit der Gründung eines Kampfkommandos beschäftigen. Dann bei diesen Arbeitern zu sehr erhöhen und lassen sie entsprechend auf die Stützen der Gewerkschaften, die die Abstundentag und die Arbeit zu fordern. Sicherlich werden auch einige Arbeitnehmer sich den 17. September anschließen, um sich den Stolz und die Würde der Gewerkschaften zu bejubeln. Hierbei dieses Kapitel ein anderes Mal.

Berichtigung. In Nummer 18 der "Gewerkschaft", unter der Rubrik im Sachsen-Anhalt, ist ein Bericht, betreffend die zwei Gütekarten enthalten. Es heißt hier: während sie im Winter bei 17 M. Wochenlohn", soll es heißen: "bei 19 M. Wochenlohn" Betriebsarbeit verrichten müssen".

Berlin. Die Arbeiter des Möbelinstanzis (Möbelager usw.) beschließen am 27. August, ebenfalls der allgemeinen Bewegung zur Verbesserung der Arbeitsetze beizutreten und zum Abstundentagsvertraglich 15 Pf. zu fordern. Es wurde bedauert, dass man sie nicht auch zu den Vorverhandlern zugezogen habe, da sie doch auch mit zu den Gewerkschaften gehören. Ferner stehen die Arbeitgeber in der Lohnbewegung. Sie fordern 45 Pf. Anfangslohn, steigend alle Jahre um 3 M., bis 36 M. Lohn pro Woche bereitstehen. In der Werkstattmitte betragen für die gleiche Arbeit die Löhne gleich beim Anfang 6 Pf. und die Stadt zahlt nur 48 Pf. Säße 22 Pf. pro Stunde weniger! Demnach erscheint der städtische Arbeiter als ein armer Vorbidunder. Ebendenn ist die Arbeit der städtischen Arbeiter wesentlich schwerer als die zum Vergleich eingezogenen Privaterbeiten. Die in diesem Sinne am 17. Juli eingereichte Petition ist von der Deputation am 11. August mit den folgenden Worten: "Diesen Gedanken kann nicht entsprochen werden" abgelehnt worden. Es soll nun die nächste Anfrage anstreben werden.

Chemnitz. Eine kleine Verbesserung ist nun doch eingeführt werden, nämlich: Sennheiser & Hilt Feierabend! Aber erst nur in Ansicht II; die Kollegen in Ansicht I müssen erst nochmal vorstellen werden, ehe es ihnen gewährt werde. Auch drei Stellen in der Werkstatt der Ansicht II erhielten zwei Mann 1 Pf. und 1 Mann 2 Pf. pro Stunde angelegt, wobei es sich, wie vom Herren Siebold gesagt wurde, nur um einen Ausgleich handelt. Das ist aber sehr einseitig.

Die Arbeiter der Sächsisch-Thüringischen Eisenbahnen von Leipzig und Umgegend sind gleichfalls in eine Lohnbewegung eingetreten. Infolge ihres vorjährigen Vergebens erhielten sie von der Gewerkschaft einnehmbare Ansichtslöhne, die aber während der letzten Monate nicht mehr entrichtet erhalten wurden. Die am 1. September 1905 abgehaltene Versammlung, in der Kollege Albin Mohs Berlin über den Stand der Dinge referierte, gab Gelegenheit, die lebhaftesten Klooten der dort Wohlbürgen über die Durchsetzung, besonders bei Minimal Lohnsätze, zu hören. Stark gerügt wurde auch das Vorgehen der Gewerkschaften Altenburg, ältere Arbeiter, die ihr Werk auf der Stütze gelassen haben, abzuschicken. Die schwerste Verurteilung fand aber das Erstellen eines Schreibers der Görlitzer Ansicht, den die Gewerkschaften allgemein als Herbet ansahen. Auf Grund dieser Verhältnisse beschloss man, in eine fränkische Bewegung für die Aufrechterhaltung der vorjährigen Zugangsordnung und für die Durchsetzung des Abstundentages für Betriebsleute und des Neustundentages für die jüngeren Gewerkschaften einzutreten, natürlich unter Beibehaltung der bisherigen Löhne.

Von den höchsten Gewerkschaften in Leipzig ist wiederungslos, veronaliv durch die herrschende Verarmung, der Regelung der Lohnfrage, wiederum höher getreten worden. In einer am 1. September 1906 abgehaltenen Versammlung beantragten die Arbeiter der beiden höchsten Ansichten, nach vorangegangenen Reaktionen der Kollegen Pirna und Mohs Berlin, ihre Arbeitsergebnisse, an den hier sofort dringliche Engagen zu machen und darin folgend, Löhne zu fordern: Betriebs zeit. Gewerke Anfangslohn 4½ M., steigend um 1% Pf. bis zu 120 Pf. Höchstlohn nach 6 Jahren für Betriebsarbeiter bei älterer Steuerne 500 Pf. nach 12 Jahren für Betriebsarbeiter und ältere, neue, Höchstlohn 10 Pf. Säuge. Den Reinigungswerkern 110 bis 140 Pf. Bei ausdrücklicher Arbeit in der Reinigung und im Anfangslohn 20 Pf. Säuge. Maurer + 50 bis 550 Pf. im alten Handwerk 1 bis 5-20 Pf. Die bisherige Dienstzeit ist auszurechnen. Außerdem soll die Durchsetzung des Abstundentages, also des Dienstquotienten für Betriebsleute, und des Neustundentages für die jüngeren Gewerkschaften als dringliche Forderung erheben werden. Dreifache Einigkeit ist, eben im vorher Gesetz enthalten, an den 1.1. erneut, ohne dass dieser Tag bis zum 1. Januar verzögert werde. Die Maßnahmen werden jetzt in ihren Betrieben etwas umzusetzen. Zum Zeit Absatz nicht hoffen, seit der 1. Jan. von der Antwort nicht wieder überprüft zu werden darf.

Die Magdeburger Paternoster haben in jüngerer Zeit Stellung genommen zu Gebrauchsartikeln ihrer Ware. Zu einer Kasse handelt es sich, die eigentlich nur Erhöhung der Löhne, 90 sieben doch einschreibt, um einen Lohn von 14,50 bis 18,70 M. im Monat nebst 67½ Pf. Säuge für Dienstleute und Lohn, Spülungs und so weiter. Am die ältere mit 14,50 und Zwischenlohn, welche erst zu 12 Pf. absteigt. Die jüngeren Dienstquotienten, welche die Abstundentagswerden und mit 14 Pf. Dienstlohn, 14 Pf. gebeten zu einem Lohn von 17,70 Pf. oder zu 18,70 Pf. bis zu 18,70 Pf. mehr lohnen. Das mit kleinen Löhnen keine großen Säuge zu machen und so wohl nicht ist. Die jüngeren hohen Lebensmittelpreise führen sie aber umso mehr. Die Verteilung

Lehnverhöhung, da die Löhne erst im Vorjahr um 20 Pf. pro Tag erhöht wurden. Es sei nicht möglich, ohne Rückgriff auf die Qualifikation der Arbeiter den Lohn für jeden so zu bemessen, daß er, unabhängig von der geleisteten Arbeit, die Mitarbeit der Angehörigen einer kinderreichen Familie entbehrlich macht." Dieser Standpunkt wurde als sehr bedauerlich bezeichnet, umso mehr, als die betreffenden Arbeiter zu den am geringsten entlohten der Stadt Breslau gehören, 2,40 M. pro Tag! Zumindest will man sich zunächst mit den in Aussicht gestellten Verbesserungen zufrieden geben. Arbeitserfreitär Mehrlein hält dann einen Bertrag über die kulturelle Bedeutung der Verbürgung der Arbeitszeit, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Es wurde ferner mitgeteilt, daß die Mitgliederversammlungen in Zukunft stets im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagen werden. Die nächste Versammlung wird sich mit der in Aussicht genommenen Witterungsverbesserung befassen. Es gilt schon jetzt für vollzähligen Besuch zu agitieren, für den Neubau des Gewerkschaftshauses werden Bons zu 10 Pf. herauszugeben werden. Viele der Mitglieder ist es, sich an der Aufrichtung der Mittel zu beteiligen und zwar durch Abnahme von mindestens zehn Bons pro Jahr. Die Gasarbeiter haben bestimmt beschlossen, einen Kampfkomitee zu bilden. Aus der Reihe der Handwerker und Reparaturarbeiter ist die sehr lobliche Anerkennung bekommen, sich an der Schaffung dieses Komitees gleichfalls zu beteiligen und werden sie demnächst hierzu Stellung nehmen. Sehr zu empfehlen bleibt allen industriellen Arbeitern die ältere Abhaltung von Berufsvorversammlungen. Die Medeschule hat nunmehr ihre Tätigkeiten aufgenommen. Die Sitzungen finden an jedem Mittwoch, abends von 8 bis 10 Uhr, im "roten Löwen" statt.

Chemnitz. Hier tagte am 2. September im Hotel "Stadt Merseburg" eine öffentliche Versammlung der industriellen Arbeiter, in welcher unter Redaktion, Kollege Bürger, über das Thema: "Warum betreiben wir Gemeindepolitik?" referierte. Der Teilnehmer verstand es, in einem halbstündigen Beitrage die Autonomie aller Anwesenden zu feiern. Besonders hob er hervor, daß vor allen Dingen die industriellen Arbeiter alle Interessen haben, sich mehr um die Gemeindepolitik zu kümmern. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, auch das Bürgerrecht zu erwerben, um dadurch ihren Einfluss auf die Verhältnisse achtend zu machen und nur dem Standorten die Stimme zu geben, der es auch mit der Vertretung der Arbeitersinteressen einstimmig ist. Reicher Beifall lobte ihm am Ende seiner Ansprachen. Zu der Diskussion erzielte Kollege Weiß zur Einheit unter den Kollegen 100%, denn er kommt so mutig vor, daß Kollegen ganz geringschätziger Gedanken wegen der Organisation wieder den Mund schließen. Dann trat ein Stellvertreter der Stadtverordneten über soziale Behandlung von Seiten eines Stadtratsmitglieds hinaus und meinte, seine Kollegen in dem Verband hätten aufzuhören, einzelne Sachen der Versammlung zu diskutieren, wenn sie noch erwähnen, daß der Verlust dieser Versammlung etwas besser hätte sein können. Sie sollten möchten, ob man doch mal daran gewöhnen, die Versammlungen zusammenfassend zu besiedeln. Denn gerade durch diesen Zusammenbruch wird das Interesse geweckt und das Vertrauen zwischen den Städten erhöht. Wie boten demnach weiter Städte ihre Künste nieder, so in die Höhe bringen können, wenn die Städte nicht allein selbst auf dem Tische gewesen wären. Also das nächste Mal etwas zahlreich!

Dresden. Verschärfung. In unserer Versammlung berichtet in Nr. 18 der Gewerkschaft hat es ein deutscher eingekleideten Es heißt da im 2. Absatz: „Da wurde zunächst über mangelnde Reinigung der Baubuden gestritten. Bei der stolzen Rentenverwalter und beim Straßenwart der Reiter sollen gar die Hühner die Baubude als Domizil ihnen geben. — Das ist mir richtig. Es muß heißen: Dann wurde zunächst über mangelnde Reinigung der Baubuden gestritten, und zwar beim Polizei-Rentenverwalter. Beim Straßenwart der Reiter, also nicht Reiter, sollen sogar die Hühner die Baubude als Domizil innehaben.“

Leipzig. Die Arbeiter der industriellen Gartenverwaltung nahmen in leidlich bedeutender Versammlung am 1. September einen Bertrag des sozialen Bürger Berlin über unser Verbandsprogramm entgegen. Zu der lebhaften Diskussion wurde eingehend das Kapitel Arbeiterausbildung behandelt und viele Fragen dazu, die zu geringen Löhnen vorgebracht. Eine eingehendere Darstellung der Lage der Leipzigischen Gartenarbeiter wird noch erfolgen.

Reichenbach i. S. Um die Bewegung in den kleineren und mittleren Gemeinden mehr zu fördern ist angeregt worden, daß mehrere Gemeinden zu einer zentralen Zusammenarbeit werden. Es kommen sehr gut Reichenbach, Leipheim, Altdorf, Plauen und Greiz zusammen eine lebensfähige Zelle bilden. Bei den nicht allzu großen Entfernungen lassen sich vierstündliche Wiederberatungen, almwöchentlich in den verschiedenen Orten an Sonntagen sehr wohl veranlassen. Da kommt neben der Interessenvertretung auch die Freiwilligkeit besser auf ihre Rechnung und die Zelle wird

lebhafte und interessanter. Die schlecht besuchten und langweiligen Versammlungen der kleinen Verbandspläze gehören dann der Vergangenheit an.

Stettin. Am 1. September fand eine öffentliche Versammlung der Elternvertreter statt. Kollege Vollack sprach unter lebhaftem Beifall über die gegenwärtige Kindertreuerung und deren Ursachen. Dann wurde die Gründung einer Sektion der Arbeiter im Außen Dienst (Gasamt) beschworene und soll eine Versammlung am 15. September darüber entscheiden. Nach einem Appell an alle die Lauen und Plauen, unserem Verband beizutreten, schloß der Vorstand die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation.

Zwickau. Eine allgemeine Versammlung der städtischen Arbeiter, die aber sehr schlecht besucht war, fand am 3. September im Brauereihaus statt. Kollege Bürger aus Berlin sprach über das für uns so sehr wichtige Thema "Gemeindepolitik", wobei er den Rubelohnbeschluß eingehend behandelte. Hoffentlich kommen die Kollegen das nächste Mal zahlreicher zur Versammlung und machen nicht wieder solche überausen Ausreden wie diesmal. Der eine hatte Schwachsinn, der andere wollte sich nicht vorregnen lassen, ein anderer war müde, noch ein anderer hatte keine Schwiegermutter usw. Das ist wirklich bedenklich. Da führen unsere Kollegen lieber in Wirtschaften beim Kartenspiel oder schlagen sonst die kostbare Zeit ganz sinnlos weg, anstatt sich um ihre Interessen zu kümmern und mit anderen ihresgleichen männlich Rat zu pflegen, wie der Rat der Zeit zu steuern ist.

Verbandsteil.

Adressen der Verbandsleitung.

Geschäftsstelle des Verbandsvorstandes:

Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24.

Telephon: Amt IX, 6488.

Alle Korrespondenzen, die den Verbandsvorstand betreffen, sind an den Geschäftsführer des Verbandsvorstandes, Dr. Poersch, alle Geldsendungen für die Verbandsklassen an den Verbandsklassierer G. Ahmann, alle Zuschriften für die "Gewerkschaft" nur an H. Bürger zu richten.

Sämtliche Beschwerden geben zunächst an den Vorständen des Verbandsvorstandes, Dr. Poersch, gegen die Entscheidungen des Verbandsvorstandes in Beschwerde bei dem Verbandsausschuß, Hamberg, Hüttner 11, zulässig.

Zweigbüro Stuttgart: Holzstr. 10. E. Altbauer.

Zweigbüro Leipzig: Viehmarkt 25.

Zweigbüro Berlin-Brandenburg: Berlin, Winterfeldstraße 24

E. Heinz.

Zweigbüro Köln a. Rh.: Severinstraße 53. H. Schäfer.

Zweigbüro Berlin: Alte Jakobstr. 14. E. Dittmer.

Zweigbüro Hamburg: Hüttner 11. H. Schönberg.

Zweigbüro Dresden: Nienburgstr. 2. J. Lütschen.

Bezirks-Sekretär gesucht!

Das zurzeit unbefüllte Zweigbüro unseres Verbandes in Leipzig soll sobald als möglich wieder besetzt werden. Die Anstellungsbedingungen sind die des Vereins Arbeitervorste. Verhützung inneren zunächst Verbandsmitglieder, welche in städtischen Betrieben beschäftigt waren oder noch sind und den Anforderungen genügen, die an diesen Posten gestellt werden. Beil. Tafeln sind unter Einschluß des Lebenslautes und eines kurzen Berichtes über die seitherige gewerkschaftliche Tätigkeit bis zum 20. September d. J. an den Verbands-Vorstand, Berlin W. 30, Winterfeldstraße 24 zu richten.

Der Verbands-Vorstand.

Quittung der Hauptkasse.

Für das 3. Quartal 1906 gingen an Beiträgen ein: Leipzig 1. Rate 100,- M. 2. Rate 400,- M.
Kerner gingen im August ein: "Die Gewerkschaft" für Abonnements und Annonsen 65,98 M.

Von Einzelmitgliedern: Rt. 17 490 1,80 M., Rt. 90 153 1,— M.
 Rt. 33 086 4,30 M., Rt. 33 096 5,— M., Rt. 33 102 3,— M.
 Rt. 33 113 8,— M., Rt. 33 130 2,25 M., Rt. 33 150 1,80 M.
 Rt. 33 153 7,50 M., Rt. 33 154 4,— M., Rt. 33 194 1,— M.
 Rt. 33 195 5,— M., Rt. 33 931 4,10 M., Rt. 33 972 1,— M.
 Rt. 33 994 1,70 M., Rt. 34 050 1,— M., Rt. 37 635 2,70 M.
 Rt. 37 657 2,70 M., Rt. 37 674 0,10 M., Rt. 37 682 3,10 M.
 Rt. 37 687 4,10 M., Rt. 37 692 2,60 M., Rt. 37 694 4,50 M.
 Rt. 38 079 4,— M., Rt. 38 680 4,20 M., Rt. 38 688 8,40 M.
 Rt. 38 689 4,20 M., Rt. 38 690 4,20 M., Rt. 38 691 4,20 M.
 Rt. 38 692 8,20 M., Rt. 38 693 6,10 M., Rt. 38 695 4,20 M.
 Rt. 38 699 4,85 M., Rt. 39 558 2,— M., Rt. 39 559 4,— M.
 Rt. 39 560 2,05 M., Rt. 39 561 2,70 M., Rt. 39 566 1,— M.
 Rt. 39 574 4,20 M., Rt. 39 576 2,70 M., Rt. 39 581 1,70 M.
 Rt. 39 900 2,85 M., Rt. 42 204 2,85 M., Rt. 42 208 4,— M.
 Rt. 42 245 8,30 M., Rt. 42 246 8,30 M., Rt. 42 247 8,30 M.
 Rt. 42 248 4,50 M., Rt. 42 249 4,20 M., Rt. 42 250 3,40 M.
 Rt. 42 937 1,— M., Rt. 44 511 4,85 M.

für die ausgesperrten Tabakarbeiter:

Ort	Aus der Filialkasse	Durch Sammellisten
Erlangen	1,— M.	0,60 M.
Würzburg	—	4,67 —
Summa	1,— M.	5,27 M.

Bereits ermittelt 1113,76 M. zusammen 1120,03 M.

„Die Gewerkschaft“ erscheint alle 14 Tage Freitags und ist durch die Post unter Nr. 3164 der Postzeitungsliste zu beziehen. Der Bezugspreis für das Vierteljahr ist 2 M. (ohne Bestellgeld). Anzeigen kosten die viergehalbte Seite 0,40 M., bei Wiederholungen billiger. Für Verbands-Filialen und Mitglieder 0,15 M. netto.

Totenliste des Verbandes.

Anton Kosmatiewski,
Hamburg
† 31. August. 32 Jahre alt
Ehre seinem Andenken!

Ehrenerklärung.

Hierdurch nehme ich die Beleidigung, welche ich am 22. Juni d. J. gegen meine im Verbande der Gemeindearbeiter organisierten Arbeitsstollegen ausgesprochen habe, im vorher Umtage zurück. Ich erkläre diese Kollegen für Ehrenmänner.

Wilhelm Flämming
Arbeiter auf dem städtischen Gas-
werke zu Charlottenburg.

Unserem treuen Kollegen
Fabian Obermeier
und seiner lieben Frau nach-
träglich die besten Wünsche
zur zukünftigen Hochzeit.

Gestion Gartenbau
München.

Filiale Mannheim.

Unserem Kollegen
Karl Ertel nebst Frau
zu seiner am 16. September d. J. stattfindenden
Hochzeit die herzlichsten
Glückwünsche.
Die Kollegen vom Kanal-
pumpwerk
Die Filiale Mannheim.

— Im Erscheinen befindet sich: —

Meyers Sechste, gänzlich neu bearbeitete und vermehrte Auflage.

11000 Abbildungen,
1400 Tafeln und Karton.

Grosses Konversations-

Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens.

Lexikon.

16.000 Artikel u. Verwaltung.

20 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark.
Prospekte und Probehefte liefert jede Buchhandlung.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

Da die Ausperrung der Tabakarbeiter durch gegenseitige Vereinbarungen der in Betracht kommenden Organisationen beendet ist, ersuchen wir die noch ausstehenden Listen umgehend einzusenden.
G. Ahmann, Hauptklassierer.

Eingegangene Schriften und Bücher.

„Die Neue Gesellschaft“, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lili Braun. Verlag: Berlin W., Blumenshof 7. Preis des Einzelheftes 10 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M.

„Der Arbeitsmarkt“, Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktbürokratie. Herausgeber: Dr. J. Dantow, Berlin, Verlag von Georg Reimer.

Im Verlage von Paul Singer, Stuttgart, erscheinen regelmäßig: „Die Neue Zeit“, „Die Gleichheit“, „Dokumente des Sozialismus“, „Der wahre Fabo“.

„Südbayerischer Postillon“, Verlag von M. Ernst, München.
„In Freien Stunden“, Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag Vorwärts.

„Die Hohenloher-Legende“, Kulturbilder aus der preußischen Geschichte vom 12. bis zum 20. Jahrhundert von Max Maurenbrecher. Reich illustriert. Bei dem notorisch unzulänglichen Geschichtsunterricht in der Volksschule, bei dem die wichtigsten Geschichtsbücher verdrängt und Heldentaten zu Verbrechen und Idioten zu Helden umgedeutet werden, ist eine kritische, für das Volk geschriebene Geschichte durchaus am Platze. Die „Hohenloher-Legende“ erscheint in Lieferungen à 20 Pf. Gesamtpreis 10 M. Dieses Werk sollte in jeder Arbeiterfamilie anzutreffen sein.

Zahlstelle Dresden!

Sonntag, den 24. September 1905, vormittags 11 Uhr

Öffentliche Versammlung

im Saale des „Volkshauses“, Nienbergstr. 2.

Tages-Ordnung:

1. Die Forderung der Arbeitnehmerschaft in den städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken und die Verkürzung der Arbeitszeit im allgemeinen. Referent: Verbandsstollege A. Möbs Berlin.

2. Gewerkschaftliches. — Zu jedem Punkt Diskussion.

Das Erscheinen aller Verbandsstollegen ist Pflicht.

Der Einberufer.

Sonntag, den 17. September, von nachmittags 3 Uhr an

Grosses Garten-fest

im Restaurant „Zum Körnergarten“, große Meißnerstr. 19, bestehend in Konzert, Gabenverlosung, Kinderbelustigung usw.

Karten à 10 Pfennig sind bei den Bezirksklassierern zu entnehmen. Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Das Komitee.

Für die Ortsverwaltung Berlin unseres Verbandes wird zum 1. Oktober 1905 (eventuell später) ein

zweiter Sekretär

gesucht. Derselbe hat hauptsächlich die Agitation zu leiten, muss rednerisch begabt sein, sowie Eingaben korrekt anfertigen können; ferner wird Kenntnis der sozialpolitischen Gesetzgebung verlangt.

Gehalt und Anstellungsbedingungen gemäß den Beschlüssen des Stuttgarter Gewerkschaftstagess.

Schriftliche Öfferten bis zum 20. September an Emil Dittmer, Berlin SW., Alte Jakobstr. 145.